



Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Redaktionsbüro +49 (0) 221 221-26456
Rufbereitschaft: +49 (0) 221 / 221-26487

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
stv. Pressesprecherin
Robert Baumanns (rob) 221-32176
Maximilian Daum (md) 221-35982
Jutta Doppke-Metz (dom) 221-26489
Eva Fiedler (fie) 221-33779
Katja Reuter (reu) 221-31155
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

14.11.2024 –

Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker zur Einbringung des Doppelhaushalts 2025/26

Sperrfrist: Beginn der Rede! Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Kölnerinnen und Kölner – hier vor Ort und im Live-Stream,

ich bringe heute den Haushaltsplanentwurf der Stadtverwaltung für die Jahre 2025 und 2026 ein. Mit einem Volumen von 6,5 Milliarden Euro im kommenden und 6,7 Milliarden Euro im darauffolgenden Jahr erreicht er neue Rekordwerte. Die Verwaltung hat also einen weiterhin aufwachsenden Haushalt aufgestellt. Er ist aber ein Haushalt, und das möchte ich gleich zu Beginn meiner Rede klarstellen, wie es ihn in den letzten zehn Jahren in Köln nicht gegeben hat.

Die schlechte konjunkturelle Lage bestimmt derzeit die Schlagzeilen. Die Folgen einer stagnierenden Wirtschaft zeigen sich meist mit etwas zeitlicher Verzögerung. Ausbleibendes wirtschaftliches Wachstum hat enorme Folgen für die öffentlichen Haushalte. Das betrifft, wie wir ja nun alle sehr genau wissen, den Bundeshaushalt genauso wie den Landeshaushalt und die Haushalte der Kommunen.

Die Kommunen aber sind diejenigen, die es doppelt trifft. Erstens: unsere Einnahmesituation haben wir nur sehr eingeschränkt in der Hand. Eine der wichtigsten Einnahmequellen, die Gewerbesteuer, ist eine der volatilsten Steuern überhaupt. Die konjunkturelle Lage schlägt so voll auf die kommunalen Haushalte durch. Jeder Appell des Deutschen Städtetages, von Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern zur Reform der kommunalen Finanzen ist bei Bund und Land bisher auf taube Ohren gestoßen.

Zweitens: Bund und Land treffen regelmäßig Entscheidungen, die wir als Kommune nicht beeinflussen können, die unsere Aufwandsseite aber teils massiv beeinflussen. Alle Kommunen in Nordrhein-Westfalen erleben Kostenexplosionen, etwa bei den Hilfen zur Erziehung oder durch erhöhte Regelsätze für SGB II und SGB XII-Empfänger. Bund und Land verletzen in aller Regelmäßigkeit das Subsidiaritätsprinzip.

Man kann zu sozialpolitischen Maßnahmen stehen, wie man will, aber als kommunale Vertreterinnen und Vertreter wird uns die Sicht einen, dass Kommunen zur Finanzierung neuer Aufgaben und höherer Standards einen Ausgleich brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Nicht-Einhaltung von Subsidiaritätsregeln ist in Wahrheit eine schlechende Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.

Nicht zuletzt wird der städtische Haushalt durch die direkten und indirekten Folgen der Inflation zusätzlich belastet. Bitte verstehen Sie mich richtig: Der öffentliche Dienst wird dem Fachkräftemangel nur dann begegnen können, wenn unsere Löhne und Gehälter auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sind. Aber klar ist auch: Tarifabschlüsse wie der vom April 2023, die je nach Entgeltgruppe bis zu 16 Prozent Lohnsteigerung bedeuten, haben Auswirkungen auf unseren Haushalt. Bei einem Personalaufwand von rund 1,3 Milliarden Euro führt jeder Prozentpunkt Tarifsteigerung zu einer Mehrbelastung von mehr als zehn Millionen Euro. Die Mittel müssen wir entweder an anderer Stelle einsparen oder, mit unseren begrenzten Möglichkeiten, neu erheben.

Die aktuelle Situation führt dazu, dass in Nordrhein-Westfalen vier von zehn Kommunen ein Abrutschen in die Haushaltssicherung droht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich will mich nicht darüber beklagen, was von uns nicht zu ändern ist. In dieser ernsten Lage kann es nur ein Ziel geben: Nämlich die Sicherstellung der Hoheit der Kölnerinnen und Kölner über ihre eigenen Finanzen und damit über den Weg, den ihre Stadt in Zeiten multipler Krisen und Herausforderungen nimmt. Eine Millionenmetropole wie Köln kann sich es sich nicht leisten, in die sogenannte Haushaltssicherung zu rutschen. Ich bin eine überzeugte Verfechterin der kommunalen Selbstverwaltung. Köln hat eine lange demokratische Tradition der Eigenständigkeit. Die Vorstellung, dass zentrale Entscheidungen über die Zukunft unserer Stadt von Beamtinnen und Beamten der Kommunalaufsicht statt von den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Kölnerinnen und Kölner getroffen werden, ist keine, für die sich irgendjemand in diesem Saal ernsthaft wird einsetzen wollen.

Das kann also nur bedeuten: Entweder übernehmen wir Verantwortung und treffen im Rahmen der vor uns liegenden Haushaltsberatungen schwierige Entscheidungen – oder andere tun es für uns. Dann aber unter den eigenen Voraussetzungen und mit deren eigenen Prioritäten. Und vor allem: Ohne sich dafür vor den Kölnerinnen und Kölnern politisch verantworten zu müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsplan ist das Ergebnis eines intensiven Haushaltaufstellungsprozesses, in dem die Verwaltung zugunsten einer intensivierten Konsolidierungsdiskussion anders als in den vorangegangenen Jahren den Zeitpunkt der Einbringung verschieben musste. Es war richtig, dass wir uns dafür Zeit genommen haben.

Beim vorliegenden Haushaltsentwurf handelt es sich – und mir ist es wichtig, das zu betonen – um ein Gemeinschaftswerk des Verwaltungsvorstands. Die Konsolidierungen betreffen alle Bereiche der Stadtverwaltung. Die Summe der eingeplanten Konsolidierungen beläuft sich auf insgesamt 93,5 Millionen Euro im Jahr 2025 und 97,8 Millionen Euro im Jahr 2026.

Mir ist die Feststellung wichtig, dass die Verwaltung natürlich auch bei sich selbst spart. Alle Dezerenate haben Konsolidierungsbeiträge eingebracht, die für die Kolleginnen und Kollegen schmerhaft sind. Das bedeutet im Klartext etwa, dass viele freiwerdende Stellen nicht unmittelbar nachbesetzt werden können. Gleichzeitig spüre ich bei Gesprächen mit Mitarbeitenden immer wieder das Bewusstsein für die zumindest temporäre Notwendigkeit interner Konsolidierungsbeiträge. Den Mitarbeitenden der Stadt Köln ist die Lage bewusst. Sie leisten ihren Beitrag.

Natürlich aber müssen wir zusätzlich schmerzhafte Einsparungen oder Belastungen vorschlagen, die viele Kölnerinnen und Kölner vor Herausforderungen stellen werden. Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen heute nicht auflisten werde, bei welchen konkreten Leistungen wir sparen. Das ist alles im Haushalt nachzulesen. Ich möchte Ihnen stattdessen exemplarisch nennen, wo wir mit allergrößter Mühe nicht sparen.

Denn auch das unterscheidet den Haushalt 2025/26 von den Haushalten der Vergangenheit, die unter erheblichem Druck standen:

Nie wieder dürfen wir es nämlich zulassen, dass unsere Schulen durchweg so marode werden, wie sie es vor zehn Jahren waren. Der Respekt vor der Zukunft unserer Stadt gebietet es, dass wir alles dafür tun, um Kölner Kindern die besten Rahmenbedingungen zu bieten, um später aus eigener Leistung und im Interesse Kölns im Leben voranzukommen. Köln investiert deshalb weiter stark in Bildung und Schulen. Für 2025 plane ich daher, die Schaubauinvestitionen im Vergleich zu 2024 um ein gutes Drittel zu steigern und insgesamt 445 Millionen Euro in moderne Schulen zu investieren.

Das gleiche gilt für die Digitalisierung. Wir haben stark aufgeholt. Im sogenannten „Smart City Index“ des Branchenverbands BITKOM belegt Köln aktuell den bundesweit ersten Platz in der Kategorie „Digitale Verwaltung“. Es gibt aber noch viel zu tun. Daher setzen sich städtische Mitarbeitende täglich dafür ein, Köln bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen weiter voranzubringen.

Bildung und Digitalisierung: Das sind die Herausforderungen der Zukunft, deren erfolgreiche Beantwortung maßgeblich vom Beitrag der Stadt abhängt. Aber auch hier gilt: Nur die Sicherstellung der finanziellen Eigenständigkeit erlaubt uns diese Prioritätensetzung.

Köln wird aber nicht deswegen zur unsozialen Stadt, oder geringschätzt die Kultur, weil es in diesen Bereichen Konsolidierungsbeiträge gibt. Das Wesen einer Stadt hängt nicht in allen Bereichen des Lebens allein von einzelnen städtischen Haushaltsposten ab.

Für den Zustand unserer Schulen aber gibt es keine zweite und dritte verantwortliche Ebene. Im Unterschied zu anderen Bereichen des städtischen Lebens sind wir für unsere Schulen direkt verantwortlich. Ihr Zustand ist also auch eine Anzeige dafür, was uns die Zukunft unserer Kinder wert ist. Und natürlich führen die unsere hohen Standards und die neuen Schulen, die wir gemeinsam gebaut haben, auch dazu, dass Erhaltungs- und Betriebskosten erheblich steigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich betrachten wir auch die Einnahmesituation, zumindest im Rahmen dessen, was der Gesetzgeber uns zubilligt. Es ist eine gute Nachricht für die Kölnerinnen und Kölner, dass wir den Grundsteuerhebesatz unverändert lassen. Eine Erhöhung der Sätze hätte den Konsolidierungsdruck sicher etwas gemildert. Gleichzeitig ist klar, dass durch den Effekt der Grundsteuerreform auch bei unverändertem Hebesatz nicht mit Aufkommensneutralität zu rechnen ist, sondern dass die Neubewertung zahlreicher Liegenschaften zu absehbar höheren städtischen Einnahmen führen werden. Auch dieser Schritt belastet viele Kölnerinnen und Kölner, die ihrerseits unter der konjunkturellen Lage leiden. Die Einführung eines differenzierten Hebesatzes halte ich, das am Rande, für nicht ausreichend rechtssicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage wird sich dann grundlegend bessern, wenn sich die Wirtschaft flächendeckend erholt oder wenn Bund und Land ein Einsehen haben und die Finanzierung der kommunalen Haushalte reformieren. Beides liegt nicht in unserer Hand.

Sollte nicht mindestens eins von beiden eintreten, wird dieser Haushalt lediglich der erste einer Reihe von schwierigen Haushaltsaufstellungen sein. Noch können wir unsere eigenen Prioritäten setzen, wenngleich wir sie an vielen Stellen komprimieren müssen. Was wir also brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Mut zur Priorisierung.

Vor Ihnen liegt der Haushaltsentwurf der Verwaltung. Es ist das Königsrecht des Rates, diesen Entwurf so zu verändern, wie Sie es für richtig erachten. Vor dem Hintergrund der Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Stadt aber erwarte ich, dass Änderungswünschen konstruktive Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu Grunde liegen.

In den nächsten Wochen werden noch dicke Bretter zu bohren sein. Der vorliegende Entwurf wird Widerspruch aus Teilen der Stadtgesellschaft erfahren. Auch das gehört zur Demokratie. Wer es aber mit den Kölnerinnen und Kölnern ernst meint, der oder die enthält ihnen die

Schwierigkeiten, denen wir als Kommune begegnen, nicht vor. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, Prioritäten zu setzen und sie dann zu erklären.

Aufrichtigkeit mit den Kölnerinnen und Kölnern: Das ist zumindest mein Erfolgsrezept als Oberbürgermeisterin, in guten, wie in schwierigen Zeiten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort an unsere Stadtkämmerin Frau Dr. Diemert.

- Ende -